

# Nationale Geschichte(n) für den Krieg – der deutsche und französische Diskurs im Kosovo-Krieg und in der Irak-Krise<sup>1</sup>

Bernhard Stahl

**Zusammenfassung:** Das militärische Auslandsengagement von Demokratien bedarf der Begründung. Zentraler Baustein solcher Begründungen – so die Ausgangsvermutung – sind historisch motivierte Argumentationsmuster. Diese Vermutung wird anhand eines Vergleichs von zwei großen EU-Staaten (Deutschland und Frankreich) überprüft. Dazu werden zwei Fallstudien gewählt, in denen sich das außenpolitische Verhalten beider Staaten ähnelte: der Kosovo-Krieg 1999 (beidseitig großes Engagement) und die Irak-Krise 2002/2003 (keine Kriegsteilnahme). Aus der Identitätstheorie werden zwei Hypothesen abgeleitet: Erstens wird angenommen, dass sich die Begründungen für Außenpolitik von Land zu Land sehr unterscheiden. Zweitens ist zu erwarten, dass der Gebrauch von Geschichte im Falle der Kriegsteilnahme (Kosovo) ausgiebiger ausfallen wird als in der Irak-Krise. Angesiedelt auf der Schnittmenge zwischen Geschichtspolitik und Außenpolitikanalyse bedient sich die Studie des methodischen Rüstzeugs der Diskursanalyse. Im Ergebnis können die beiden Hypothesen – mit Einschränkungen – bestätigt werden. Allerdings ist festzuhalten, dass nur im deutschen Kosovo-Diskurs historische Argumente zentral waren. Im Irak-Diskurs überwogen statische, interessenbasierte Argumentationen, während für Frankreich in beiden Fällen „realistische“ Begründungen charakteristisch waren.

**Schlüsselbegriffe:** Außenpolitik Deutschlands und Frankreichs · militärisches Auslandsengagement · Rolle von Geschichte in Diskursen · Kosovo-Krieg · Irak-Krise · Diskursanalyse

**Abstract:** When democracies go to war, decision makers are expected to use good arguments in order to make their publics follow. It is assumed here that historical arguments play a pivotal role in such an endeavour. This assumption is tested by comparing the corresponding discourse among French and German experts. The case studies comprise two cases in which the countries behaved

---

Bernhard Stahl (✉)

Institut für Sozialwissenschaften Sozialwissenschaften III Abtlg. für Internationale Beziehungen und Europäische Integration (in Vertretung), Universität Stuttgart, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart, Deutschland

---

1 Die Studie ist eine weiterentwickelte Version zweier Papiere, die ich auf der Sektionstagung ‘Internationale Politik’ in Darmstadt am 13./14. Juli 2007 und auf der Tagung des Arbeitskreises ‘Geschichte und Politik’ am 15./16. Juni 2007 in Berlin vorgestellt habe. Ich danke all denjenigen Tagungsteilnehmern, die mir mit ihren Anregungen geholfen haben – insbesondere Rainer Baumann, Horst-Alfred Heinrich und Sebastian Harnisch - sowie den Gutachtern der ZfVP.

similarly: In the Kosovo conflict in 1999, both actively undertook military action, whereas in the Iraq crisis in 2003), both refused to join the US-led coalition to attack Iraq. With regard to identity theory, two hypotheses can be drawn: First, justifications in France and Germany will differ significantly due to different national identities. Second, historical arguments will be more salient when a country goes to war (Kosovo) in comparison to a non-war case (Iraq). On the whole, the empirical findings support these hypotheses. Yet, it must be conceded that historical arguments were predominant only in the German debate over Kosovo. When German decision makers defended their decision not to participate in the Iraq war, they presented mainly static, interest-based reasons. Moreover, in both debates, the French discourse participants used very few historical arguments. When they did, these were mainly intended to back up “realist” arguments emphasising France’s aspirations to be a great power, its multipolar world view, and its balance-of-power thinking.

**Keywords:** France’s and Germany’s foreign policy · military out-of-area engagement · Kosovo war · Iraq crisis · role of history in discourses · discourse analysis

## 1. Einleitung

Wenn Demokratien in den Krieg ziehen, sollten sie gute Gründe dafür haben. Denn demokratisch gewählte Entscheidungsträger bedürfen breiter gesellschaftlicher Unterstützung, um die im Kriegsfall zu erwartenden Abstriche in Bezug auf Sicherheit, Wohlstand und Freiheit zu rechtfertigen und darüber hinaus ihre Wiederwahl nicht zu gefährden. Argumente mit Geschichtsbezug eignen sich in besonderer Weise dafür, eine größtmögliche gesellschaftliche Unterstützung zu erreichen, da ein Anknüpfen an nationalen ‚Meistererzählungen‘ die jeweilige Entscheidung in der Kontinuität und Sachlogik vergangener erscheinen lässt. Mit dem Gebrauch von geschichtsbezogenen Argumenten nehmen die Entscheidungsträger so aktiv an der Deutung der eigene Vergangenheit teil – sie betreiben Geschichtspolitik.

Außenpolitik und Geschichtspolitik – so also die Ausgangsthese hier – verfügen über eine Schnittmenge, deren Erforschung sich lohnt. Gleichwohl ist festzustellen, dass in der Forschung dieses Feld bislang nahezu unbeackert geblieben ist, obwohl viele einzelne Forschungsgebiete das hier gewählte Thema tangieren. Aus pragmatischen Gründen werde ich in diesem Beitrag auf eine Rezeption der nahezu unüberschaubaren Literatur zur Außenpolitikforschung, zur Geschichtspolitik, zur vergleichenden Politikwissenschaft, zur Diskursanalyse, zur deutschen und französischen Außenpolitik und zum Irak- und Kosovokonflikt verzichten.<sup>2</sup> Stattdessen konzentriert sich diese Studie - deren kondensierte Form auf umfangreichere Studien<sup>3</sup> zurückgeht - auf eine Diskursanalyse mittels Primärquellen. Die wenigen zur methodischen Um-

---

2 Stellvertretend seien genannt: Harnisch 2003 (Außenpolitikforschung), Fröhlich und Heinrich 2004 (Geschichtspolitik), Kriesi 2007 (vgl. Politikwissenschaft), Keller 2004 (Diskursanalyse), Hellmann 2006 (deutsche Außenpolitik), Charillon 2002 (französische Außenpolitik), Clewing und Reuter 2000 (Kosovokonflikt) und Gordon/Shapiro 2004 (Irak-Krise).

3 Vgl. Swoboda 2005 und Stahl 2006a, 2006b, 2008.

setzung nötigen Analysebegriffe aus der Diskurstheorie werden im allgemeinen Teil eingeführt.

Ein geschichtspolitisch motivierter Vergleich außenpolitischer Rhetorik zwischen Frankreich und Deutschland erscheint in vielerlei Hinsicht lohnend. Die beiden Staaten betreiben eine unterschiedliche Außenpolitik auf ähnlichen Feldern, ihre Außenpolitik gilt gemeinhin als historisch motiviert und die Komplementarität ihrer Politiken stellt eine notwendige Bedingung sowohl für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration als auch für die Lösung internationaler Probleme (Klimawandel, Terrorismus, Proliferation von WMD u.a.m.) dar. Mit dem Kosovo-Krieg und der Irak-Krise 2002/03 werden zwei Fälle gewählt, in denen sich die beiden Staaten ähnlich verhalten haben (*most similar cases design*): Im Kosovo-Krieg beteiligten sich beide Staaten aktiv am Luftkrieg an der Seite der USA und beide setzten sich in besonderer Weise für eine diplomatische Lösung des Konflikts ein.<sup>4</sup> In der Irak-Krise verweigerten sich beide Staaten dem Drängen der USA, den Irak anzugreifen und dies in eindeutiger Weise völkerrechtlich zu legitimieren. So ist es naheliegend zu fragen: Wurde das ähnliche Verhalten auch ähnlich begründet? Durch die Wahl eines Kriegsfall (Kosovo) und eines ‚Kriegsverweigerungsfall‘ (Irak) ergibt sich die Möglichkeit, diese horizontale Vergleichsfragestellung um eine dynamische zu ergänzen: Wie ist im selben Land die Rolle von Geschichte in diesen verschiedenen außenpolitischen Situationen einzuschätzen? Diese Fragestellungen werden durch die Formulierung von zwei Arbeitshypothesen konkretisiert. Im Fazit werde ich versuchen, den Gebrauch von Geschichte zu bewerten.

## 2. ‚Geschichte(n)‘ im außenpolitischen Diskurs

Auf den ersten Blick scheinen Außenpolitik und Geschichtspolitik zwei weit entfernte Forschungsgebiete zu sein: Erstere beschäftigt sich mit dem Instrumentarium eines Staates zur Beeinflussung anderer, externer Akteure im internationalen System, während Geschichtspolitik nach innen in die Gesellschaft hinein wirken soll – politische Akteure streiten sich dabei über die Deutung der Vergangenheit (Wolfrum 1999: 25-32). Doch reichen beide Teildisziplinen in die jeweils andere hinein: Auf der einen Seite konzediert beispielsweise die vergleichende Literatur zur Geschichtspolitik, dass eine ‚schlechte‘ Vergangenheitsbewältigung den Möglichkeitsraum der Außenpolitik einzuschränken vermag. So verfügt Japan trotz seiner im Vergleich zu Deutschland überlegenen ökonomischen Ressourcen aufgrund seiner aus internationaler Sicht problematischen Geschichtspolitik (Yakasuni-Schrein, „Trostfrauen“, Nanking Massaker) über weniger außenpolitische Gestaltungsmacht als Deutschland (Hielscher 2001). Auf der anderen Seite haben historische Argumentationen vom Aufkommen sozial-konstruktivistischer Ansätze in den Internationalen Beziehungen – Weltbilder, Normen, Identitäten und Ideen - profitiert. Identitätstheorien zählen dabei zu den beliebtesten Konzepten (Wæver 2005:

---

4 Dies gilt für Frankreich allerdings eher für die Zeit vor den Luftschlägen (Rambouillet), für Deutschland eher für die Zeit danach (Stabilitätspakt für Südosteuropa).

34). So definiert etwa die ‚nationale Identität‘<sup>5</sup> das Spektrum des gesellschaftlich Möglichen in der Außenpolitik und damit auch die ‚innere Bereitschaft‘ eines demokratischen europäischen Staates, in welcher Weise und inwieweit er gewillt ist, an Prozessen wie der Globalisierung oder etwa an militärischen Auslandseinsätzen teilzunehmen (Nadoll 2003: 167ff.). Hiermit ist eine analytische Schnittmenge zwischen Außenpolitik und Geschichtspolitik benannt, denn wenn „wir“ und „die anderen“ historisiert werden, ist Geschichtspolitik zu einem Gutteil Identitätspolitik. In dieser Perspektive fallen außenpolitische Grundlinien, Ziele und Instrumente „nicht plötzlich vom Himmel“, sondern sind das Ergebnis kontingenter historischer Prozesse. Warum Frankreich den Besitz der Atombombe als unabdingbares Werkzeug seiner Außenpolitik ansieht und Deutschland ebendies ablehnt, erklärt sich diesem Verständnis nach nicht in erster Linie aus den Zwängen des internationalen Systems, sondern aus dessen (diskursiver) nationaler Verarbeitung. Diese Verarbeitung internationaler Herausforderungen und Krisen fällt unterschiedlich aus, weil die europäischen Diskursräume noch weitgehend getrennt sind (Larsen 1997: 199; White 2001: 177). Die jeweilige nationale Geschichte liefert Legitimationsressourcen, die sich – entsprechend der „nationalen Sonderwege“ in Europa – stark unterscheiden. Ablesbar ist dies an der Rezeption militärischer Siege und Katastrophen, die zu kollektiver Hybris einerseits und ebensolchen Traumata andererseits führen können (Schivelbusch 2003). Wie die Identitätsforschung zeigt, können Staaten vom gleichen historischen Ereignis völlig unterschiedliche nationale Lernprozesse ableiten. So bedeutete das außenpolitische Desaster der Suez-Krise für Frankreich, seine Außenpolitik als „unabhängig“ und in Abgrenzung zu den USA zu definieren, während das Vereinigte Königreich fortan die *special relationship* mit den USA pflegte (Prizel 1998: 34f.).

Im Falle Deutschlands und Frankreichs handelt es sich um sehr geschichtsbezogene Gesellschaften, die ihre Rolle in der Welt auch heute zu einem Großteil aus ihrer Historie ableiten. Im französischen Fall ist dies – vereinfacht gesagt – das Selbstverständnis als Zivilisation und Großmacht, im deutschen vor allem die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Demzufolge erscheint es plausibel, für die Untersuchung eine erste, horizontale Vergleichshypothese zu formulieren: *Der Gebrauch von Geschichte wird sich in beiden Ländern aufgrund verschiedener Identitätsbezüge inhaltlich stark unterscheiden* (Differenzhypothese).

Was lässt sich vom dynamischen Vergleich des Gebrauchs von Geschichte erwarten? Zunächst sei an den Gemeinplatz erinnert, dass ein Krieg Opfer fordert - von allen Teilen der Gesellschaft. Eingedenk dessen sieht sich eine demokratisch gewählte Regierung in der Regel gezwungen, eine starke identitäre Rückbindung zu suchen, um eine größtmögliche Zustimmung für den Kriegsgang zu erlangen. Ein Argument – so die sogenannte Resonanzhypothese der Identitätsforschung – wirkt dabei umso überzeugender, je mehr sie mit den Erfahrungen der Zuhörerschaft bzw. mit vorher akzeptierten Normen und Prinzipien übereinstimmt (Risse 2003: 115). Argumentationen, die ledig-

---

5 Beispiele sind die Kopenhagener Schule (Hansen/Wæver 2002), das Team um Thomas Risse (Marcussen et al. 1999; Risse 2001) sowie sind das Forschungsprojekt zur vergleichenden Außenpolitikforschung (PAFE) an der Universität Trier (Joerßen/Stahl 2003; Stahl 2006a; Stahl und Harnisch 2009 i.E.).

lich Partikularinteressen bedienen, eignen sich hierfür schlecht, da sie große Teile der Gesellschaft nicht erreichen. Von Argumenten mit geschichtlichem Bezug kann demgegenüber im Kriegsfall eine vergleichsweise starke Resonanz erwartet werden, eben weil sie an breit gefächerte persönliche Erfahrungen der Bürger ‚andocken‘. Zugleich prägen Kriege in besonderer Weise die „Erinnerungskulturen“ (Cornelißen et al. 2004) und wirken auf das „kollektive Gedächtnis“ (Halbwachs 1985) einer Gesellschaft. Benutzen Politiker historische Argumente, so knüpfen sie sowohl an das individuelle wie das kollektive Gedächtnis an. Darüber hinaus wirkt der Gebrauch von Geschichte appellativ, komplexitätsreduzierend und suggeriert, dass aus der Geschichte gelernt wurde (Buffet und Heuser 1998: 266). Der geschichtspolitischen Forschung verdanken wir diesbezüglich eine weitere Einsicht. Wenn in der Gegenwart Opfer gebracht werden müssen, so lohnt sich eine Weitung des Horizonts, wie Assmann (2006: 42) – an Ernest Renan erinnernd – verdeutlicht:

*„Das mytho-motorische Potential der gemeinsamen nationalen Geschichts Erinnerung (...) stiftet Sinn, indem sie die Gegenwart als Zwischenstufe einer motivierenden, Vergangenheit und Zukunft übergreifenden Erzählung ausweist.“*

Vermehrte Resonanz, Anbindung an das kulturelle Gedächtnis und übergreifende Erzählung sprechen für einen vermehrten Gebrauch historischer Argumente zur Kriegslegitimation. So kann als zweite, dynamische Vergleichshypothese angenommen werden, dass *Geschichte eine größere Bedeutung annimmt, wenn man in den Krieg zieht, als wenn man sich ihm verweigert* (Kriegshypothese).

Was kann nun eine Diskursanalyse zur Offenlegung historischer Argumentationen leisten?<sup>6</sup> Zwei Aspekte verdienen Beachtung: Die Erlangung diskursiver Dominanz (‚Diskurshegemonie‘) und der Anspruch einer Diskursanalyse. Erinnert sei zunächst an die Funktion von politischen Diskursen in demokratischen Gesellschaften (March und Olsen 1995: 45, 66). Sie

- erklären politische Ereignisse,
- rechtfertigen politische Handlungen,
- (re-)interpretieren historische Erinnerungen und
- (re-)konstruieren Identität.

Innerhalb eines Diskurses versuchen politische Akteure, ihre Argumente als die vorherrschend geltenden zu etablieren – Diskurse sind somit immer Machtkämpfe (Torfing 2005: 15 u. 23). Dabei kann den Akteuren durchaus ein instrumentelles Verständnis unterstellt werden, doch Diskurse sind diesbezüglich ‚trügerisch‘ – sie verraten nichts über die Motive der Diskursteilnehmer (Wæver 2002: 27). Gelingt es einer Gruppe von politischen Akteuren, sich mit einem Argumentationsmuster durchzusetzen, haben sie die ‚Diskurshegemonie‘ erreicht (Nadoll 2003: 176). Der entstandene dominante Diskurs stimmt am meisten mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für

---

6 An dieser Stelle kann nicht auf den mittlerweile sehr umfangreichen Stand der Forschung eingegangen werden. Vgl. Keller 2004; Hansen 2007; Schwab-Trapp 2001; Howarth et al. 2000 sowie die stark wachsende Forschungsliteratur zur Kritischen Diskursanalyse: Fairclough 2003; Jäger 1999; Wodak und Meyer 2002.

‚Wahrheit‘ überein, ihn umgibt daher ein ‚Mantel der Normalität‘ (Bach 1999: 50). ‚Diskurshegemonie‘ bedeutet dann nicht nur, über die Deutungsmacht zukünftiger Ereignisse zu verfügen, sondern auch über die vergangenen, mithin ermöglicht sie, die Geschichtspolitik zu gestalten (Winkler 2004). Die Diskurshegemonie repräsentiert den jeweils gültigen *common sense*, dasjenige Grundverständnis zur Außenpolitik, das von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Damit schränken Diskurse einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen eine bestimmte Außenpolitik ein und setzen andererseits dem Staatshandeln selbst enge Grenzen.

Die Diskursanalyse verdeutlicht, wie eine Gesellschaft politische Optionen in einer Weise strukturiert und limitiert, so dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen vertretbar finden bzw. als vertretbar darstellen (Westlind 1996: 116). Eine Diskursanalyse erhebt nicht den Anspruch, außenpolitische Entscheidungen zu erklären. Vielmehr sollen gesellschaftliche Konflikte und öffentliche Auseinandersetzungen abgebildet und die „*discursive fault lines*“ offen gelegt werden (Hansen 2007: 53; Schwab-Trapp 2001: 264). Mithin geht es in diesem Beitrag nicht darum, von den verschiedenen Begründungen auf unterschiedliche Motive etwa für den Krieg um das Kosovo zu schließen. Stattdessen soll mit Hilfe des Vergleichs gezeigt werden, welche Legitimierungen sich im Diskurs durchsetzten, inwieweit sie herausgefordert wurden und welche Rolle historische Argumente dabei spielten. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die Konsistenz der Legitimationen und die grundsätzliche Ausrichtung der Außenpolitik.

In dieser Studie werden diejenigen Argumente und Argumentationsmuster herausgefiltert, die (zeit-)historische Bezüge aufweisen, ob in Form von Metaphern, Analogien, Anspielungen, Vergleichen oder Beispielen. Doch welche Texte, wessen Äußerungen werden untersucht? Es gilt dazu zu klären, wer als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) der jeweiligen Gesellschaft gelten kann, in welchen Foren typischerweise außenpolitische Debatten stattfinden und wie sich dementsprechend die Textauswahl gestaltet. Wer mächtige Diskursträger in einer Gesellschaft sind, bestimmt sich vor allem durch den formalen Weg, den ein außenpolitischer Diskurs in einer Gesellschaft in der Regel nimmt. Dies ist in demokratischen Staaten durch die Verfassungstheorie und -praxis mit bestimmt; weitere Aspekte sind die Rolle von Parteien und Medien. Diese „Diskurswege“<sup>7</sup> sind in Frankreich und Deutschland verschieden: Während in Deutschland außenpolitische Debatten trotz stärkerer Mediatisierung immer noch vorwiegend im Parlament stattfinden, werden diese in Frankreich aufgrund der dominanten Rolle des Staatspräsidenten und der aktiven Intellektuellenszene auch außerhalb des Parlaments ausgetragen (Stahl 2006a: 110f.).

In den Untersuchungszeiträumen (Jan. 1998-Aug.1999 und Sept. 2002 bis April 2003) werden für Frankreich die Reden und Interviews des Staatspräsidenten, des Außenministers, des Premierministers sowie der Fraktionssprecher in der *Assemblée nationale* untersucht. In unsystematischer Weise habe ich zudem Meinungsartikel von Intellektuellen und Parteiführern kleinerer Parteien in *Le Monde*, *Le Figaro*, *Libération*, *L'Humanité*, *Le Monde diplomatique* und *L'Express* herangezogen. Für Deutsch-

---

7 In der Diskurstheorie findet sich auch der Begriff des ‚Dispositivs‘, der jedoch weiter gefasst ist. Ein Dispositiv meint die „*materielle und ideelle Infrastruktur (...) durch die ein Diskurs (re-)produziert wird und Effekte erzeugt*“ (Keller 2004: 64).



land werden die Reden und Interviews des Bundeskanzlers, des Außenministers, des Verteidigungsministers sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden ausgewertet. In unsystematischer Weise habe ich zudem Interviews und Artikel von Politikern aus der FAZ, Süddeutschen Zeitung, Frankfurter Rundschau, der Financial Times Deutschland und der ZEIT konsultiert. Die Untersuchungszeiträume werden durch die Eskalation der Konflikte und ihre „Lösung“ bestimmt. Im Kosovo-Fall bilden die Berichte über die ersten systematischen Vertreibungen und Morde im Februar 1998 in der Drenica den Auftakt (Giersch 2000: 447). Im Juni 1999 stellte die NATO ihre Bombenangriffe auf Serbien ein, in der Folge kam es zu einer UN-verwalteten Interimslösung für den Kosovo. Im August und September 2002 erfuhr die Irak-Krise eine Zuspitzung aufgrund der Reden des amerikanischen Präsidenten sowie des Vize-Präsidenten, die den Irak in das Zentrum der amerikanischen Außenpolitik stellten (Gordon und Shapiro 2004: 96ff.). Zugleich begannen die militärischen Vorbereitungen für einen Angriff auf den Irak. Ende März 2003 kamen die Diskussionen um eine völkerrechtliche Legitimierung des Angriffs zu einem Ende, als die Invasion des Irak begann.

### 3. Empirische Studien: Kosovo-Krieg und Irak-Krise

In den folgenden vier kurzen Fallstudien werde ich wie folgt vorgehen. Nachdem ich den Kontext der jeweiligen Debatte skizziert habe, wird zunächst die siegreiche (diskurshegemoniale) Argumentation mit ihren Hauptargumentationssträngen vorgestellt. Dann werden hierin die historischen Argumente benannt. Das Gleiche erfolgt im Anschluss mit den unterlegenen ‚Herausfordererargumenten‘. Abschließend werde ich die Rolle der geschichtlichen Argumentationen gewichten und auf meine Ausgangshypothesen Bezug nehmen.

#### 3.1 Deutschland im Kosovo-Krieg: Humanitäre Katastrophe und Faschismus

Die Eskalation der Kosovo-Krise im Herbst 1998 traf Deutschland in einer innenpolitisch brisanten Situation. Die bereits abgewählte bürgerliche Kohl-Regierung war formal noch im Amt, die kommende rot-grüne Koalition hatte sich jedoch noch nicht konstituiert. So fand die erste (am 16.10.1998) von zwei großen Bundestagsdebatten zur Kosovo-Krise noch in der ‚alten Besetzung‘ statt (die zweite war am 25.2.1999). Die alte und neue Regierung waren sich gleichwohl in ihrer Handlungsempfehlung einig: Deutschland würde NATO-geführte Luftangriffe auf Jugoslawien auch ohne ein Mandat des UNO-Sicherheitsrats mit tragen. Die Argumentationen blieben – im Unterschied zum französischen Fall – über den Beginn der Luftschläge hinweg weitgehend konstant. Allerdings wurde die Kritik nach Beginn der Luftschläge schärfer, vorgetragen vor allem von Vertretern einer traditionellen Zurückhaltung in Bezug auf militärischen Auslandsengagements (PDS, SPD-Linke, linke Grüne, linke FDP).

Ein erster, eher interessenbasierter Argumentationsstrang der Befürworter von Luftschlägen stand in der Tradition einer inkrementalen Ausweitung von Auslandseinsätzen vom Anfang der 1990er Jahre. So betonten der scheidende Verteidigungsminister Rühle wie auch der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble,

die Handlungsfähigkeit Deutschlands im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen und warnten vor einem deutschen Sonderweg im Sinne einer Verweigerung verantwortlicher Politik.<sup>8</sup> Hatte diese ‚normalistische Argumentation‘ noch die *Out-of-area* Debatte Anfang bis Mitte der 1990er Jahre dominiert, war die Hauptströmung diesmal eine andere. Ausgangspunkt einer eher idealistischen Argumentationslinie war die weithin geteilte Konfliktwahrnehmung, wie sie vom designierten Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) wie folgt charakterisiert wurde:

*„Europa ist gegenwärtig zweigeteilt. Wenn wir auf den Balkan blicken, sehen wir das Europa der Vergangenheit, wenn wir nach Brüssel schauen, sehen wir das Europa der Integration, das Europa der Zukunft; einerseits das Europa der Vergangenheit, der Kriege und der ethnischen Säuberungen, andererseits das Europa der Zukunft, der Integration und, Gott sei Dank, des Verschwindens des Krieges als Mittel der Politik, das Europa der engen Kooperation, das Überwinden und Auflösen von Grenzen. Wir werden den südlichen Balkan hin zum Europa der Integration entwickeln müssen.“*

Fischer (25.2.1999) 1705

Weitgehend konsensual war zugleich die Wahrnehmung des serbischen Machthabers in Belgrad. Der scheidende Außenminister Kinkel (FDP) schloss sich der Aussage Clintons an,

*„dass die Friedhöfe des Balkans [...] voll mit gebrochenen Versprechen und Zusagen von Herrn Milošević [sind]. Ihm darf nicht erlaubt werden, sein zynisches Katz- und-Maus-Spiel, das er jahrelang auch in Bosnien gespielt hat, fortzusetzen.“*

Kinkel (BT 16.10.1998) 23128

Die Lehren aus dem Bosnien-Konflikt, wie auch aus der deutschen Geschichte, waren in Kinkels Argumentation maßgeblich für die Legitimation der deutschen Beteiligung:

*„'Wer das Böse nicht stoppt, wird schuld am Bösen' [ist] die Lehre aus Bosnien, aber es ist auch die Lehre [...] aus unserer eigenen deutschen Geschichte. Sie gilt auch für den Kosovo. Dort dürfen wir nicht nur sagen, daß es kein zweites Bosnien geben darf, sondern wir müssen dafür sorgen, daß es kein zweites Bosnien gibt.“*

Kinkel (BT 16.10.1998) 23131

Die Zitate verdeutlichen, dass die deutschen Diskursträger in ihrer primär idealistischen Argumentation eine eindeutige Schuldzuweisung (Milošević) mit dem Versagen des Westens in Bosnien und schließlich mit der eigenen Geschichte im Zweiten Weltkrieg verknüpften. Bezüglich der weitverbreiteten Ablehnung von militärischer Gewalt im Parlament, aber auch in der Gesellschaft, erinnerte Kinkel sogar daran,

---

<sup>8</sup> Rühle (16.10.1998) 23134, FAZ (19.9.1998), Schäuble (16.10.1998) 23140.



*„daß auch wir in Deutschland nicht selbst in der Lage waren, uns vom Tyrannen zu befreien, sondern durch Gewalt anderer vom Tyrannen befreit worden sind.“*

Kinkel (BT 16.10.1998) 23129

Das Verdikt der frühen neunziger Jahre der Kohl-Regierung, dass keine Bundeswehr-Soldaten dort eingesetzt werden sollten, wo Wehrmachts-Soldaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, wies der designierte Bundeskanzler Schröder zurück:

*„Ich habe großen Respekt vor denjenigen, die fragen: Ist es angesichts der Geschichte des Zweiten Weltkrieges vernünftig, daß die Deutschen dabei sind? Die Frage, ob die Deutschen dabei sein sollen, kann man stellen, und es ist keine zynische Frage. Aber für mich gilt, daß man diesen Satz auch umkehren kann: Gerade wenn es historische Schuld in dieser Region gibt, kann man sie auch dadurch abtragen, daß man weiteres Morden verhindern hilft.“*

Schröder (BT 24.2.1999) 1526

Deutlich wird hier die argumentative Umdeutung der Lehren aus der deutschen Geschichte. Diese Umdeutung war indes nicht neu, sondern war einige Jahre zuvor von Fischer u.a. vorbereitet worden. Angesichts der Gräueltaten im Bosnienkrieg hatte er im Rahmen der *Out-of-area*-Debatte versucht, die vormals pazifistische Ausrichtung in seiner Partei zu verändern (Philippi 1997). Mit der Kosovo-Krise wurde diese parteiinterne Neuausrichtung handlungsrelevant für Deutschland. Fischers Rede auf dem eigens einberufenen Sonderparteitag der Grünen in Bielefeld (13.5.1999) brachte dies auf den Punkt, als er die Lehren aus seiner Biographie und der deutschen Geschichte zog. Er erinnerte an die Brandanschläge auf ein Asylantenheim in Solingen, an Srebrenica und an Auschwitz, um in seiner Argumentation zu dem Schluss zu kommen, dass *„Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus“* weiterhin zusammen gehörten. Doch gerade diese Umdeutung wollten Vertreter einer unbedingten Zurückhaltung nicht mittragen. Für sie stand die Luftangriffe in der Tradition aggressiver, militaristischer Außenpolitik. So bekannte Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen):

*„Ich schämemich für mein Land, das jetzt wieder im Kosovo Krieg führt und das wieder Bomben auf Belgrad wirft.“*

Ströbele (BT 25.3.1999)

Und der Fraktionsvorsitzende der PDS, Gregor Gysi, fügte hinzu:

*„Deutschland hat in diesem Jahrhundert überhaupt kein Recht mehr, Bomben auf Belgrad zu werfen.“*

Gysi (BT 26.3.1999)

Die Hauptkritik an der Umdeutung der Geschichte setzte jedoch überwiegend an der fehlenden völkerrechtlichen Legitimation an, daneben wurden noch Argumente in Bezug auf die ‚fragwürdige‘ Motivation seitens der USA vorgebracht. Der designierte Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA), Ludger Volmer (Bündnis 90/Die Grünen) beschrieb am treffendsten das Entscheidungsdilemma des Bundestages, das er durch

den „(..) *Widerspruch zwischen (..) Legitimität und (..) Legalität eines Militäreinsatzes*“ charakterisiert sah (Volmer BT 16.10.1998). Die Befürchtung, durch den Kosovo-Einsatz einen völkerrechtlichen Präzedenzfall zu schaffen, war ein Hautargument der Opponenten:

*„Machen wir uns nichts vor: Die Argumentation, es handele sich um eine Ausnahme und nicht um einen Präzedenzfall, ist Augenwischerei. Jede beliebige Regionalmacht, die in Zukunft in ihrer Nachbarschaft Ordnung schaffen will und nur eine halbwegs zutreffende UNO-Resolution anführen kann, wird auf das Beispiel verweisen. Der Selbstmandatierung von Militärbündnissen ist Tür und Tor geöffnet; ein Sicherheitsrat, der immer dann umgangen wird, wenn ein Veto droht, ist als Garant des UNO-Gewaltmonopols außer Kraft gesetzt.“<sup>9</sup>*

Doch angesichts der Blockade des Sicherheitsrats durch Russland und der anhaltenden Gewalttaten im Kosovo, vermochte das Insistieren auf einer formalen völkerrechtlichen Legitimation allein nicht zu überzeugen. Vor allem nach Beginn der Luftschläge traten diverse Spekulationen um die Motivlage Washingtons hinzu, die um die Lewinsky-Affäre, Washingtons ‚Drang nach Osten‘ oder das vorgebliche Ausprobieren neuer Waffensysteme kreisten.<sup>10</sup> Vehemente Kritik entzündete sich an den Tendenzaussagen des Außen-, vor allem aber des Verteidigungsministers, Parallelen zum Nationalsozialismus zu ziehen, da dies Gefahr liefe, die historische Einmaligkeit der NS-Verbrechen zu verwischen (Jötze 2001: 136). Verteidigungsminister Scharping gestand zwar ein, dass *„Vergleiche mit den Nazis [...] hier und da hinken [mögen]“*, doch

*„[w]er mit der selben fanatischen Überzeugung Menschen systematisch mordet, vertreibt, vergewaltigt und ihrer elementaren Rechte beraubt, dem muß mit aller Macht in den Arm gefallen werden.“<sup>11</sup>*

Er blieb bei seiner Sicht des Konfliktgegners und erklärte:

*„Was jedenfalls Milošević treibt, birgt einen faschistischen Kern: den Menschen missachten, ihn seiner Würde, Kultur und Identität berauben aus diesem einen Grunde: weil er anders ist.“<sup>12</sup>*

Diese Argumentation konnte offensichtlich überzeugen, denn im Unterschied zum Zweiten Golfkrieg fanden zu Beginn der Luftschläge keine Massendemonstrationen oder aufgeregte Debatten über dessen Legitimität statt (Schwelling 2007: 105). Im April 1999 unterstützten 63 Prozent die Beteiligung Deutschlands an der NATO-Kampagne, 34 Prozent waren dagegen (Ramet und Lyon 2001: 92). Dies ist angesichts der Tatsache, dass es sich beim Kosovo-Krieg um den ersten aktiven Einsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieges handelte – zudem ohne UN-Mandat – bemerkenswert.

<sup>9</sup> Volmer (BT 16.10.1998); ähnlich: Hirsch (BT 16.10.1998) und Gysi (BT 16.10.1998).

<sup>10</sup> Jahn 1999; Meier-Walser 1999: 91; FAZ (28.5.1999).

<sup>11</sup> R. Scharping: *„Der Stein auf unserer Seele“*, FAZ (3.5.1999).

<sup>12</sup> Ebd.

### 3.2 Frankreich im Kosovo-Krieg: Gleichgewicht in Europa und die Ehre der Nation

Frankreich war 1996 mit der diplomatischen Anerkennung Jugoslawiens innerhalb der EU vorangegangen und bis Anfang 1999 hatte Paris weitgehend Verständnis für die serbischen Argumente in Bezug auf das Kosovo aufgebracht. So teilte Außenminister Védrine (3.3.1998) die serbische Sicht des Kosovo als die *„Wiege ihres Landes, die Wiege ihrer Geschichte“*. Die französische Regierung organisierte die Konferenzen von Rambouillet und Paris im Februar 1999 mit und hoffte auf eine Verhandlungslösung. Jugoslawiens unkooperatives Verhalten machte die von Frankreich favorisierte neutrale Vermittlerrolle jedoch zusehends unmöglich. Nach dem Scheitern der Konferenzen und den nicht abreißenden Berichten weiterer Gräueltaten aus dem Kosovo waren die USA, Großbritannien und Deutschland mehr und mehr bereit, härter gegen Milošević durchzugreifen. Zu allem Überflus blockierte Russland die von Frankreich präferierten Institutionen Sicherheitsrat und Kontaktgruppe. Die Beschränktheit der eigenen Mittel verstellte den Weg zu einer unilateralen Politik und hätte Frankreich einflusslos marginalisiert. Die Kontinuität seiner Außenpolitik, durch Außenminister Védrine rhetorisch exemplifiziert, geriet mit dem Beginn des Krieges ins Wanken. Staatspräsident und Regierung entschieden sich – wie schon im Zweiten Golfkrieg und in Bosnien – für ein militärisches Eingreifen unter Führung der USA. Paris schwenkte auf eine NATO-geleitete, militärische Aktion um und beteiligte sich aktiv an den Luftschlägen (Fortmann und Viau 2000: 98).

Die Regierung begründete dies mit Argumenten, die die Ereignisse im Kosovo mit den eigenen Sicherheitsinteressen verbanden: Eine weitere Eskalation der Gewalt im Kosovo würde das Flüchtlingsproblem weiter verschärfen und die Gefahr eines Großalbanians heraufbeschwören, mit der Gefahr einer vollständigen Destabilisierung der Region:

*„(..) notre détermination militaire et notre engagement humanitaire s'inscrivent dans une perspective plus large, dans une véritable vision politique et diplomatique. Ce qui est en cause, c'est l'équilibre même de notre continent.“*<sup>13</sup>

Chirac (12.4.1999)

Diese Argumentation war insofern schwach, als sie nicht erklärte, warum Frankreich nun von einem neutralen Vermittler zur aktiven Kriegspartei wurde. Mit Beginn der Luftangriffe auf Serbien brach eine Debatte um deren Sinn und Legitimation los – obwohl sich aufgrund der Cohabitationssituation alle großen Parteien in der Regierung befanden.

Ein Hauptargumentationsstrang der Kriegsgegner (*„anti-frappes“*) stellte auf die Allmacht der USA und die Ohnmacht Europas ab.<sup>14</sup> Die Luftschläge wurden als primär von

13 *„(..) unsere militärische Entschlossenheit und unser humanitäres Engagement fügen sich ein in eine größere Perspektive – eine wahre politische und diplomatische Vision. Worum es wirklich geht, ist der Erhalt des Gleichgewichts auf unserem Kontinent.“* (eig. Übersetzung) Chirac (12.4.1999)

14 Diese Sichtweise wurde auch von vielen Diskursträgern vertreten, die dem NATO-Einsatz nur eingeschränkt kritisch (wie Philippe Séguin, RPR) oder gar prinzipiell positiv gegenüberstan-

den USA gewollt und lanciert interpretiert, Europa und Frankreich würden sich dem nur widerwillig fügen.<sup>15</sup> Voller Absicht hätten die USA die Verhandlungen von Rambouillet sabotiert, um ihren Militärschlag auszuführen und ihre strategischen Ziele in der Region zu verfolgen.<sup>16</sup> Sie würden dabei getrieben durch ihre

„*deux mythes moteurs de l'Odyssee américaine (..): l'idéalisme moral et la supériorité technique – disons le wilsonisme et plus le tomahawk.*“<sup>17</sup>

Etwas differenzierter führte der Parteichef der Kommunisten, Hue (AN 26.3.1999), aus, es sei den USA vor allem um den Erhalt der NATO sowie der Anwendung ihres neuen strategischen Konzepts gegangen. Dabei – so bemängelten viele *anti-frappes* – seien Ziele und Folgen der „*diplomatie B52*“<sup>18</sup> unklar und keine Exit-Strategie vorhanden.<sup>19</sup> Der *Front National* argumentierte, die NATO bombardiere das christliche serbische Volk zum Schutze einer muslimischen Bevölkerung und wolle muslimische Staaten wie Albanien und Bosnien schaffen, um das christliche Abendland zu zerstören.<sup>20</sup> Ihr Führer Le Pen machte per rhetorischer Anleihe an den berühmten Artikel Zolas das Verhältnis USA-Europa deutlich: „*J'accuse l'OTAN, cheval de Troie des Américains en Europe.*“<sup>21</sup>

Ein zweiter Hauptkritikpunkt der *anti-frappes* betraf die Legitimation des Angriffs der NATO. Zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werde militärisch gegen einen souveränen Staat vorgegangen, ohne dass dieser einen Angriffskrieg geführt oder ein Mitglied der Allianz bedroht habe.<sup>22</sup> Zudem verstießen die Luftschläge gegen das Prinzip der staatlichen Unabhängigkeit.<sup>23</sup> Dabei bemängelte nicht nur der kommunistische PCF, dass die Operation völkerrechtswidrig sei, da sie doch gegen

---

den (François Bayrou, UDF). Vgl. Eric Mandonnet: „*Kosovo: Nuances à droite*“, *L'Express* (8.4.1999) 16.

15 Die kommunistische Tageszeitung *L'Humanité* titelte am 26. März: „*L'OTAN go home*“.

16 Communiqué de Georges Sarre (MDC) v. 11.6.1999, <http://www.mdc-France.org/actualite/kosovo.html> [13.2.02].

17 Sie würden dabei getrieben durch ihre «zwei treibenden Mythen der amerikanischen Odyssee (..) : den moralischen Idealismus und ihre technische Überlegenheit – m.a.W. den Wilsonismus und den Tomahawk.» (eig. Übersetzung) ; Régis Debray: „*L'Europe somnambule*“, *Le Monde* (1.4.1999).

18 Max Gallo und Charles Pasqua : „*Pas de paix sans indépendance de l'Europe*“, *Le Monde* (2.4.1999).

19 Le général Cot: „*Cette action va tout compliquer*“, *L'Humanité* (26.3.1999); Max Gallo und Charles Pasqua : „*Pas de paix sans indépendance de l'Europe*“, *Le Monde* (2.4.1999).

20 Zit.n. Bernhard Schmid: „*Der Krieg der Petitionen*“, <http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungleworld99/15/20b.htm> [2.3.02], S.1-3 (1).

21 *Discours de Jean-Marie Le Pen lors de la fête de Jeanne d'Arc – 1er Mai 1999*, <http://www.front-national.com/discours/1999/1mai99.htm> [11.3.02]. « Ich klage die NATO an, das Trojanische Pferd der Amerikaner in Europa. » (eig. Übersetzung)

22 Hue (26.3.1999) 27.

23 Max Gallo und Charles Pasqua: „*Pas de paix sans indépendance de l'Europe*“, *Le Monde* (2.4.1999) 1.

die UN-Charta verstoße und durch die Resolutionen 1166 und 1203 nicht gedeckt sei. Damit widerspreche die Attacke denjenigen Werten, für die sie einzutreten vorgebe.<sup>24</sup> Diese mangelnde internationale Legitimation werde durch eine mögliche nationale nicht ‚geheilt‘, im Gegenteil: Die französischen Entscheidungsträger hätten den Luftkrieg beschlossen und begonnen, ohne das nationale Parlament auch nur zu konsultieren. Dies wurde nicht nur von den Kriegsgegnern scharf kritisiert, sondern war ein Gemeinplatz aller Parteien.

Jenseits dieser beiden Hauptströmungen der Kriegsgegner lassen sich jedoch auch historisch aufgeladene Argumentationen finden. So wies der ehemalige Mitterrand-Berater Régis Debray auf die hochkomplexe Struktur der historisch beladenen Konflikte in der Region hin, weswegen sich einfache Lösungen von außen, wie die humanitäre Intervention, grundsätzlich verböten.<sup>25</sup> Die humanitäre Intervention – so führte der ehemalige Verteidigungsminister Charles Millon aus – basiere auf einem fundamentalen Missverständnis der westlichen Politik, die ihre eigene Konzeption des ‚Etat-Nation‘ der Balkan-Region überstülpen wolle, obwohl dies in Kenntnis der Geschichte und der Gesellschaften völlig unangemessen und inadäquat sei.<sup>26</sup> Der Regierung unter Sozialistenchef Jospin wurde vom Herausgeber der Zeitschrift *Marianne*, Jean-François Kahn, gar vorgeworfen, mit seiner Politik in der Tradition „sozialdemokratischer aggressiver Außen politik der IV. Republik“ – in Anspielung auf Suez und Algerien – zu stehen.<sup>27</sup> Einmal mehr, so Ignacio Ramonet in einem Editorial von *Le Monde diplomatique* – seien Humanität und Sozialismus von sozialdemokratischen Regierungen in Europa verraten worden.<sup>28</sup> Vereinzelt wurde auch Deutschland verdächtigt, in der Tradition Österreich-Ungarns seit zehn Jahren heimlich, aber stetig seinen Einflussbereich auf dem Balkan auszuweiten. Dabei seien dem deutschen Kanzler die Serben, wie schon im Zweiten Weltkrieg, im Wege.<sup>29</sup> Deutschland trage schließlich auch die Schuld am Untergang Jugoslawiens und am Nichtzustandekommen Europas, da es sich zum US-Vasallen in Europa mache.<sup>30</sup>

Doch bereits die Parlamentsdebatte vom 26.3.1999 verdeutlichte, dass bis auf die Kommunisten und den links-republikanischen *Mouvement des citoyens* (MDC) alle übrigen Parteien, aber auch die ‚nouveaux philosophes‘ und die große Mehrheit der außen-

---

24 Vgl. Michel Muller: „*Cette intervention illégale*“, *L'Humanité* (25.3.1999), aber auch die Beiträge des ehemaligen Außenministers Claude Cheysson: „*Rien ne force la France à suivre l'OTAN*“, *L'Humanité* (26.3.1999), des CGT-Chefs Bernard Thibault: „*Arrêter le processus de guerre*“, *L'Humanité* (26.3.1999) sowie von Alain Peyrefitte: „*L'Heure de l'Europe européenne*“, *Le Figaro* (15.4.1999).

25 Régis Debray: „*Lettre d'un voyageur au président de la République*“, *Le Monde* (13.5.1999).

26 Charles Millon: „*Dénationaliser des Balkans ?*“, *Le Monde* (16.4.1999) 18.

27 „*Marianne "part en guerre contre l'OTAN"*“, *Le Monde* (31.3.1999).

28 Ignacio Ramonet: „*Social-conformisme*“, *Le Monde diplomatique* (April 1999) 1, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/04/RAMONET/11938.html> [24.3.02].

29 Marie-France Garaud: „*Kosovo: l'absurdité et le péril*“, *Le Monde* (27.3.1999).

30 Eric Rouleau: „*Errements de la diplomatie française au Kosovo*“, *Le Monde diplomatique*, [www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754](http://www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754) [14.12.01], S.1-11 (7).

politischen Politikberater den Einsatz unterstützten.<sup>31</sup> Aufgrund der zunehmenden Kritik schaltete sich jetzt der Staatspräsident durch Fernsehansprachen, der Premierminister durch Parlamentsansprachen und Interviews in die Debatte ein. Staatspräsident Chirac wurde nun deutlicher: Es handle sich im Kosovo um eine

„*monstrueuse opération d'épuration ethnique planifiée et conduite avec le plus grand cynisme et la plus grande cruauté par le régime serbe.*“<sup>32</sup>

Chirac (6.4.1999)

Einem solchen Regime, das seit zehn Jahren eine Politik der ethnischen Säuberung verfolge, müsse Einhalt geboten werden, und es entfuhr dem Staatspräsidenten in seiner Fernsehansprache an seine Mitbürger (29.3.1999): „*Es reicht!*“ Die französischen Regierungsvertreter, unterstützt durch namhafte Intellektuelle, sahen durchaus die Analogien vergangener Konflikte auf dem Balkan: Die Lektionen des Krieges in Bosnien,<sup>33</sup> die Stationen des Grauens von Vukovar, Sarajewo und Srebrenica<sup>34</sup> bis hin zum Massaker von Reçak.<sup>35</sup> Ein Beiseitestehen, so malte Chirac (12.4.1999) aus, folge dem „*Geist von München*“ und wäre feige. In der Tat handle es sich um einen „*guerre juste*“.<sup>36</sup> Ein Wegschauen bedeutete für Frankreich nicht weniger als „*seine Seele zu verlieren*“ und deshalb sei der Kampf Frankreichs ein „*combat de l'honneur*“.<sup>37</sup> Der sozialistische Premierminister pflichtete ihm bei, ginge es doch im Kosovo nicht mehr um einen internationalen Konflikt, sondern eine nationale Frage, die die Fundamente der Nation beträfe (Jospin 27.4.1999, 454). Der Staatspräsident selbst hatte anlässlich der Verhandlungen von Rambouillet noch die Konfliktparteien beschworen, auf eine Politik der Aussöhnung einzuschwenken, wie sie Deutschland und Frankreich beispielhaft für Europa vorgelebt hätten.<sup>38</sup> Das serbische Regime stelle sich nunmehr mit seiner Politik der Barbarei „*sur notre sol, notre continent*“ gegen Europa, gegen die Idee der Demokratie und gegen die europäische Idee einer „*certaine idée de l'homme*“.<sup>39</sup> Insofern

31 Vgl. die Redebeiträge von Claude Goasguen, Jean-Marc Ayrault, Jean-Bernard Raimond, Marie-Hélène Aubert und Giscard d'Estaing in der Debatte vom 26.3.1999, *Séance du 26 Mars 1999: Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, Compte rendu intégral, <http://recherche.assemblee-nationale.fr/search97cgi/s97cgi.exe?action=View&VdkVgwK> [1.03.02].

32 Es handle sich im Kosovo um eine „monströse ethnische Säuberung, geplant und durchgeführt mit größtmöglichem Zynismus und größtmöglicher Brutalität durch das serbische Regime.“ (eig. Übersetzung) Chirac (6.4.1999)

33 Repräsentant Frankreichs bei der UNO (24.3.1999).

34 Jospin (AN 26.3.1999).

35 Chirac (26.3.1999), Jospin (26.3.1999). Vgl. auch: Alain Finkielkraut: „*Régis Debray, ou les aveuglements de l'intelligence*“, Le Monde 4.4.1999.

36 So der Wohnungsbau- und frühere Außenminister Hervé de Charette (27.4.1999) 17.

37 Chirac (26.4.1999); Alliot-Marie (27.4.1999).

38 Chirac (6.2.1999). Diese Analogie hatte er bereits ein Jahr früher in einer Rede in Bosnien-Herzegowina verwendet: Chirac (7.4.1998).

39 Chirac (24.3.1999), (3.5.1999), (26.4.1999), (10.6.1999); Jospin (26.3.1999).



sah Chirac die Aktionen gegen Serbien als eine neue Qualität an, die den Einsatz über traditionelle Erwägungen erhöhen:

*„(..) le combat (..) est exemplaire. Il n'est pas fondé dans les arrières pensées économiques ou stratégiques, mais sur une conception de la morale et de l'honneur des nations.“*<sup>40</sup>

Chirac (3.5.1999)

Damit richteten sich die Luftschläge eben nicht gegen das serbische Volk, sondern gegen seine Unterdrücker.<sup>41</sup> Chirac und Jospin gelang es so, die Attacken der *anti-frappes* zu kontern. Ihre Argumentationskette hatte große Überzeugungskraft, da sie moralische Werte, historische Erfahrungen, die Fernsehbilder und sicherheitspolitische Notwendigkeiten miteinander verband: Anfang April 1999 zeigten sich fast 80% der Befragten zufrieden mit der Kosovo-Politik der Regierung.<sup>42</sup>

### 3.3 Deutschland im Irak-Krieg: (Selbst-)bewusst ohne Geschichte

Bis zum Wahlkampfauftakt im August 2002 hatte Deutschland sich in der Irak-Frage relativ bedeckt gehalten.<sup>43</sup> Die rot-grüne Regierung hatte den Kosovo-Einsatz und den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan mit getragen – letzteres Engagement hatte Bundeskanzler Schröder jedoch mit Hilfe einer Vertrauensabstimmung absichern müssen. Der heraufziehende Wahlkampf im Sommer 2002 war als Lagerwahlkampf konzipiert. Für ein Mitgehen gegen den Irak fehlte der Regierung jedoch die eigene Mehrheit – man wäre also auf das konstruktive Verhalten der Opposition angewiesen gewesen. In dieser Situation entschieden sich Schröder und Fischer bereits im August 2002 zu ihrem ‚doppelten Nein‘: Deutschland würde sich – unabhängig vom Beschluss des UN-Sicherheitsrats – nicht an einer Militäraktion gegen den Irak beteiligen. Nach den Wahlen befand sich Deutschland in einer schwierigen außenpolitischen Situation, behielt die Regierung doch den im internationalen Vergleich extremen Kurs im Prinzip bei.<sup>44</sup>

40 *“(..) der Kampf (..) ist beispielgebend. Er gründet sich nicht auf ökonomische oder strategische Hintergedanken, sondern auf eine moralische Konzeption und die Ehre der Nationen.“* (eig. Übersetzung) Chirac (3.5.1999)

41 Jospin (26.3.1999); ähnlich: Alain Madelin: *„Sommes-nous prêts à nous battre ?“*, Le Monde (1.4.1999) 18.

42 Vgl. Christophe Barbier et al.: *„La politique à l'heure du Kosovo“*, L'Express (15.4.1999) 28-30 (30).

43 Doch Außenminister Fischer hatte bereits im Februar 2002 zu erkennen gegeben, dass er eine Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddam Hussein bezweifelte, vgl. Fischer (BT 22.2.2002).

44 In Deutschland hob eine erregte Diskussion an, wie das deutsche Nein im konkreten Fall zu interpretieren wäre: Minenräumer und Patriots für Israel, Spürpanzer in Kuwait, deutsche Piloten in AWACS-Flugzeugen und Patriot-Raketen für die Türkei waren die Themen – mit der BND-Affäre als jüngerem Ausfluss. Die Kritik in den Medien und unter den Analytikern wurde immer lauter, vgl. etwa die Berichterstattung in der Financial Times Deutschland: *„Deutschland in Irak-Frage isoliert“*, FTD Aufmacher vom 2.9.2002, *„Rot-grüne Kritik an Schröders Irak-Kurs wächst“*, FTD (13.9.2002) 11, *„Amoklauf eines Bundeskanzlers“*, FTD (11.2.2003), vgl. auch: *„Stunde der Dilettanten“*, Die ZEIT Titelzeile vom 13.2.2003.

Durch den Schwenk Frankreichs im Januar 2003, die Skepsis Russlands und die europaweiten Massendemonstrationen vom 15. Februar 2003 sah sich die Bundesregierung in ihrer Position bestärkt, zumal die US-Position im Sicherheitsrat im Februar und März keine Mehrheit fand.

Eine eher inhaltsbetonte Argumentation wurde von Außenminister Fischer vorgebracht. Auf dem EU-Treffen in Helsingör entwarf er Risikoszenarien für den Nahen Osten und warnte vor allem vor den Folgen des Krieges.<sup>45</sup> Wie Schröder war er der Meinung, dass ein Angriff auf den Irak den Kampf gegen den Terror schwächen würde und war von der amerikanischen Bedrohungsanalyse einfach ‚nicht überzeugt‘ (Szabo 2004: 40). Die Hauptargumentation jedoch war im deutschen Diskurs eine andere und stellte auf die deutsche Wahlfreiheit ab, sich dem Feldzug zu verweigern:

*„Druck auf Saddam Hussein ja. Wir müssen es schaffen, dass die internationalen Beobachter in den Irak können. Aber Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention – davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen.“<sup>46</sup>*

Bundeskanzler Schröder bezog an diesem Punkt eine klare Stellung und versicherte, dass er diese Position nicht aufgeben werde:

*„Und wer glaubt, dieses Land, diese Regierung würde erneut den bequemen Ausweg gehen, nämlich den, der unter Kohl gang und gäbe war, wir bleiben draußen, aber wir zahlen, der irrt. Dem sage ich, dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land. (...) Aber eines sagen wir genauso selbstbewusst: Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende.“*

Schröder (5.8.2002)

Verteidigungsminister Struck (SPD) ergänzte, dass Deutschland zwar stets bündnis-solidarisch verhalten habe, aber eben kein „Mündel der USA“ sei (FAZ 12.8.2002). Der SPD-Vorsitzende Müntefering wurde nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums mit den Worten zitiert: „Wir haben unseren eigenen deutschen Weg zu gehen.“ Dieser bedeute, zu helfen, Gewalt zu verhindern: „Zur Sicherheit des Wohlstands gehört es auch, Krieg zu vermeiden.“ Ein Waffengang gegen Saddam „würde unsere Wirtschaft zurückwerfen“.<sup>47</sup>

Dieser ‚deutsche Weg‘ wurde in der Folge von Oppositionspolitikern aufgegriffen und mit dem historisch aufgeladenen Begriff des ‚deutschen Sonderweges‘ in Beziehung gesetzt.<sup>48</sup> Wurde damit lange mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit für eine zurückhaltende Außenpolitik argumentiert, war in der *Out-of-area*-Debatte eine Umdefinition vorgenommen worden, indem die Abkehr vom deutschen Sonderweg vielfach mit einer aktiveren, bestimmteren Außenpolitik gleichgesetzt wurde, die sich an anderen

45 FTD (2.9.2002) 1. Vgl auch: Fischer (BT 13.9.2002).

46 Schröder (BT 5.8.2002); ähnlich: BT 9.8.2002.

47 Zit. n.: R. v. Rimscha: *Schlupfloch nach Bagdad*, Tagesspiegel (7.8.2002).

48 In deutschen Diskursen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der ‚deutsche Sonderweg‘ jeweils mit unterschiedlicher Bedeutung versehen und tauchte bereits im Wiederbewaffnungsdiskurs in den 1950er Jahren auf, vgl. Wette (1996).

selbstbewusst handelnden europäischen Staaten orientieren sollte. In der Irak-Debatte wurden die Adjektive vertauscht: Aus der Forderung ‚selbstbewusst-bündnissolidarisch‘ der Vertreter einer aktiveren Außenpolitik in der *Out-of-area*-Debatte („Normalisten“) machte Schröder ‚selbstbewusst‘ gegenüber den USA mit ‚zurückhaltendem‘ Ergebnis, während die vormaligen Normalisten nun einen zurückhaltenden Stil gegenüber den USA verbunden mit Bündnissolidarität anmahnten. So warf die CDU-Chefin Merkel der Regierung vor, die internationalen Institutionen geschwächt und die Gemeinsamkeiten der Kanzler Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl aufgegeben zu haben: „*Nie wieder ein deutscher Sonderweg*“ sei die Lehre aus der Geschichte.<sup>49</sup> Wolfgang Schäuble und der Vorsitzende der EVP im Europaparlament, Gert Pöttering, pflichteten ihr bei und warnten vor einer Isolierung Deutschlands.<sup>50</sup> Der bayerische Ministerpräsident Stoiber befand gar, die Außenpolitik Schröders erinnere ihn in fataler Weise an die außenpolitischen Fehler Kaiser Wilhelms II mit seiner „*Unzuverlässigkeit und einer Attitüde von Großmannssucht*“, für die Generationen von Deutschen bitter hätten bezahlen müssen (FAZ 11.2.2003). Angesicht dieser massiven Kritik schwächte Schröders im weiteren Verlauf des Diskurses seine Argumentation ab. Deutschland und Frankreich denken und handeln für Schröder aus europäischen Traditionen heraus,

*„die dadurch begründet sind, dass sich tief ins kollektive Bewusstsein der europäischen Völker die Erfahrung von Krieg eingegraben hat. Mit Krieg als Mittel der Politik geht man inzwischen Gott sei dank sehr, sehr zurückhaltend um, ja, man begreift Krieg wirklich als Ultima Ratio.“*

Seine Außenpolitik ergab sich für Schröder aus „*der Summe der geschichtlichen Erfahrungen*“, von deutschen oder europäischen Wegen wollte er in diesem Zusammenhang nicht mehr reden.<sup>51</sup> Schröders interessenorientierte Argumentation wurde vor allem vom außenpolitischen Experten der Union, Wolfgang Schäuble, aufgegriffen und mit einer gegenläufigen Handlungsanweisung versehen. Angesichts der Bedrohungen durch Terroristen und Massenvernichtungswaffen beklagte er die Einflusslosigkeit und Uneinigkeit Europas.<sup>52</sup> Schäuble hielt das Mittel der *preemptive strikes* grundsätzlich nicht für falsch und warnte vor einer *Appeasement*-Politik aus falschen Gründen (ebd). Bundeskanzler Schröder – so Angela Merkel (BT 13.2.2003, 1880) – befände sich auch deswegen „*auf einem Irrweg*“, weil er „*den Krieg im Irak leider nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher gemacht hat*“. Merkel verband hiermit ihre interessenbasierte Forderung mit einer Handlungsempfehlung, die auch von einigen SPD-Politikern (wie H.-U. Klose) geteilt wurde.<sup>53</sup> Am nuanciertesten vertrat die *Appeasement*-Kritik der spätere Staatsminister im Verteidigungsministerium, Friedbert Pflüger (2003: 8):

49 FAZ (14.2.2003) 6; Washington Post (20.2.2003), SZ (21.2.2003).

50 Interview im Deutschlandfunk vom 20.9.2002; Interview in der FTD (15.9.2002) ; FTD (5.9.2002) 15.

51 Interview in DIE ZEIT (27.3.2003).

52 Wolfgang Schäuble: *Transatlantische Verlässlichkeit statt Antiamerikanismus*, FR (3.12.2002).

53 FTD (13.9.2002) 11.

*„Die historische Lehre im Umgang mit Diktatoren und Aggressoren zeigt: man darf vor ihnen nicht ängstlich zurückweichen. Wer aus Angst zurückweicht, ermutigt nur Aggressoren und Terroristen. Sie schlagen vor allem dort zu, wo sie Angst und Unsicherheit vermuten, weil sie dort den größten Effekt erzielen können. Und jedes Mal würde ihre Macht größer werden.“*

Die prominenten Diskursträger der Regierung gingen auf die *Appeasement*-Kritik kaum ein. Doch der sicherheitspolitische Sprecher von Bündnis90/die Grünen, Winni Nachtwei entgegnete:

*„Von Appeasement gegenüber dem Irak kann keine Rede sein. Im Gegenteil wurde er seitdem sehr effektiv eingedämmt. Und eine Parallelisierung zwischen Saddam Hussein heute und dem NS-Regime in den 40er Jahren mit einer hochmodernen Wehrmacht und einem beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungsprogramm ist völlig geschichtslos.“*

Nachtwei (21.2.2003) 3

Ob die Kritik der Opposition nun ‚geschichtslos‘ oder die Außenpolitik Schröder nun ‚unhistorisch‘ war – wie FDP-Chef Westerwelle (FAZ 14.2.2003) meinte – sei dahingestellt. Auf jeden Fall waren die Hauptargumentationen ‚unhistorisch‘ in dem Sinne, dass Schröder und Fischer praktisch keine geschichtlichen Bezüge benutzten, während die Opposition lediglich Erinnerungen an ‚München 1938‘ wachrief. Dies heißt natürlich nicht, dass historische Argumente im Diskurs gänzlich fehlten. Lediglich einmal, in einer Regierungserklärung vom Februar 2003, suchte der Kanzler eine historische Analogie:

*„Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir, dass tiefgreifende Veränderungen oft nur durch langfristige Prozesse erreicht werden können. Das glückliche Ende des Kalten Krieges ist eben auch ein Erfolgsbeweis für die Politik der Eindämmung und Abschreckung. Ohne dass je eine militärische Option auch nur zu Gebote gestanden hätte, konnten am Ende die Ziele von Freiheit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit erreicht werden.“*

(Schröder BT 13.2.2003)

Doch diese Analogie wurde im Diskurs nicht mehr aufgegriffen und blieb die Ausnahme. Die übrigen historischen Anleihen im Diskurs müssen eher als verunglückt gelten und sorgten für Heiter- oder gar Peinlichkeit. CSU-Landesgruppenchef Glos (FAZ 14.2.2003) etwa meinte, wenn von der ‚Achse Moskau-Berlin-Paris‘ gesprochen werde, fühle man sich an die Zeiten erinnert, in denen Deutschlands Nachbarn unter der ‚Achsen-Politik‘ des Deutschen Reiches zu leiden gehabt hätten. Der SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler wusste mit einem anderen gewagten Vergleich zu überraschen: Die USA verstünden sich gegenwärtig

*„als das neue Rom. Bush benimmt sich so, als sei er Princeps Cäsar Augustus und Deutschland die Provincia Germania. So geht es nicht“.<sup>54</sup>*

<sup>54</sup> Münchener Merkur (7.9.2002). Im zweiten Fernsehduell mit Schröder nahm Unions-Kandidat Stoiber Stieglers Bild auf, griff aber dann historisch daneben, als er kritisierte, Bush dürfe man

Der historische Exkurs von Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) verunglückte vollends, als sie in offiziösem Kontext Bush mit „Adolf Nazi“ verglichen haben soll, da beide mit Kriegen versucht hätten, von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.<sup>55</sup>

Die Bevölkerung zeigte sich indes hochzufrieden mit dem Kurs der Bundesregierung: 80% hatten sich bereits im Sommer 2002 gegen eine deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz ausgesprochen und wiederum 80% hielten den Angriff der Alliierten auf den Irak für falsch (Collmer 2004: 212). Die amtierende Regierung schaffte es mit ihrer Vorfestlegung, den Rückstand in den Umfragen vor der Wahl wettzumachen und gewann die Wahlen im September 2002 knapp.

### 3.3. Frankreich in der Irak-Krise: Unabhängigkeit in einer multipolaren Welt

Frankreich hat nach dem Suez-Debakel 1956 die USA in sicherheitspolitischen Krisen aktiv unterstützt – wie im Feldzug zur Befreiung Kuweits 1990/91 und im Kosovo-Krieg. Nach den 9/11 Anschlägen schien sich dieses Muster fortzusetzen, denn Frankreich reagierte mit uneingeschränkter Solidarität und Chirac sicherte Washington größtmögliche militärische Unterstützung zu (Gordon und Suzan 2001). Die französische Diplomatie hatte sich in Bezug auf die Thematisierung ‚Irak‘ im Laufe des Jahres 2002 bedeckt gehalten, sich aber dann in der Abfassung der Resolution 1441 im November sehr engagiert. Im Unterschied zur deutschen Positionierung hatte Paris deutlich gemacht, dass nach Ausschöpfen aller diplomatischen Mittel militärische Gewalt durchaus eine legitime Option darstelle.<sup>56</sup> Erst als im Januar 2003 absehbar wurde, dass der Entschluss der US-Regierung unumstößlich war, schwenkte Paris auf eine aktive Obstruktionspolitik in Bezug auf eine zweite Sicherheitsratsresolution um. Der offene Widerspruch Frankreichs im Sicherheitsrat, das aktive Werben um die Stimmen der Entwicklungsländer und schließlich die Veto-Ankündigung Chiracs haben jenseits des Atlantiks bekanntlich einige Verbitterung ausgelöst (Gordon und Shapiro 2004: 177ff.).

Die Hauptargumentation der französischen Entscheidungsträger stützte sich auf Bedrohungen für die Stabilität des internationalen Systems. Ein Angriff auf den Irak würde den Kampf gegen den Terrorismus eher schwächen und den Mittleren Osten destabilisieren.<sup>57</sup> Als wichtigstes Teilargument in diesem Zusammenhang fungierte die Vision Frankreichs:

---

nicht mit *Julius Cäsar* vergleichen. Tagesspiegel (9.9.2002).

55 FAZ (20.9.2002). Die Entrüstung jenseits des Atlantiks war so groß, dass Schröder einen erklärenden Brief an Bush schrieb, der jedoch in Washington in keinster Weise zur Deeskalation beizutragen vermochte (Szabo 2004: 30).

56 de Villepin (Le Monde 7.2.2003).

57 Chirac (10.3.03); (11.3.03); Juppé (AN 26.2.2003) 1435; Balladur (AN 26.2.2003) 1432; de Villepin (Le Figaro 26.2.2003).

*“Il faut voir dans quel monde nous voulons vivre. Nous voulons vivre dans un monde multipolaire, c’est à dire avec quelques groupes qui aient entre eux des relations aussi harmonieuses que possibles (...).”*<sup>58</sup>

Chirac (10.3.2003) 1

Ein zweiter, idealistischer Hauptargumentationsstrang thematisiert den Wert des Völkerrechts, die Rolle der Vereinten Nationen und bis dahin erfolgreiche Arbeit der Inspektoren.<sup>59</sup> Frankreich wusste sich in seinem Engagement für das internationale Recht, so Premierminister Raffarin, an der Seite der Staatenmehrheit und der öffentlichen Meinung.<sup>60</sup> Dagegen erhoben nur einige Intellektuelle – die sogenannten *nouveaux philosophes* – sowie Menschenrechtsvertreter wie der aktuelle Außenminister Kouchner Einspruch und kritisierten mit Blick auf das Leid der irakischen Bevölkerung die faktische Parteinahme Frankreichs zugunsten Saddams.<sup>61</sup> Der UMP-Chef und ehemalige Außenminister Alain Juppé verwies auf die gemeinsamen Werte Frankreichs und der USA in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte und würdigte die Leistungen der ältesten Demokratie:

*“Personne n’oublie ici (..) la dette de sang que nous gardons envers la grande nation américaine, qui, par deux fois, a apporté une contribution décisive à la libération de notre sol.”*<sup>62</sup>

Juppé (AN 26.2.2003) 1425

Doch zugleich wundert er sich, wie denn das „Land der 14-Punkte von Wilson und der Charta von San Francisco“ eine derartige Politik vertreten könne. Er nahm Rumsfelds despektierliche Äußerungen über Deutschland und Frankreich auf und stellte klar:

*„Nous, peuples de la vieille Europe – oui, de la vieille Europe – nous sommes trop instruits des malheurs de la guerre et des souffrances qu’elle a infligées sur*

58 „Man sollte sich fragen, in welcher Welt wir leben möchten. Wir möchten in einer multipolaren Welt leben, mit Gruppen von Staaten, deren Beziehungen untereinander so harmonisch sind wie nur möglich.“; ähnlich: Raffarin (AN 26.2.2003) 1435; Bocquet (AN 26.2.2003) 1420; Hollande (AN 26.2.2003) 1426; de Villepin (21.03.2003). Chirac (10.3.2003)

59 Raffarin (AN 26.2.2003) 1417; Bocquet (AN 26.2.2003) 1421; Juppé (AN 26.2.2003) 1423; Hollande (AN 26.2.2003) 1427.

60 Raffarin (AN 26.2.2003) 1418. Dem wurde nur sehr vereinzelt, wenn auch aus der eigenen Partei widersprochen, etwa: Alain Madelin: *De quel droit?*, Le Monde (29.3.2003).

61 Vgl. Le Monde (20.3.2003), Pascal Bruckner, André Glucksmann und Robert Goupil: *Saddam doit partir; de gré ou de force!*, Le Monde (4.3.03); Glucksmann, A. (2003): *Ouest contre ouest*, Paris: Plon; sowie Bernard Kouchner und Antoine Veil: *Ni la guerre, ni Saddam*, Le Monde (4.2.03).

62 „Niemand hier vergisst, wieviel Blut die große amerikanische Nation für uns vergossen hat, als sie zweimal einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung unseres Landes geleistet hat.“; ähnlich: Chirac (16.3.03) 7.



*notre sol à tant d'innocentes victimes pour ne pas tenter jusqu'au bout de donner encore une ultime chance à la paix.* »<sup>63</sup>

Juppé (AN 26.2.2003) 1425

Der Sozialisten-Chef Hollande ergänzte, dass man sich einer *“retour à l'impérialisme, à l'unilatéralisme, avec cette fois peut-être un élément personnel, presque religieux, apporté par George Bush”* unbedingt erwehren müsse.<sup>64</sup> Damit schlug Hollandes Argumentation (AN 26.2.2003, 1426) den Bogen zum interessenbasierten Argumentationsstrang, wenn er hervorhob, dass die französisch-amerikanischen Beziehungen durch die vielen gemeinsamen Interventionen in den 1990ern und die Solidarität nach 9/11 eine solide Basis aufweise. Diese sei durch die aktuellen Verstimmungen nicht dauerhaft gefährdet, schließlich hätte sich die Beziehungen auch nach dem Austritt Frankreichs aus dem militärischen Teil der NATO 1966 und der Kritik de Gaulles an der Vietnampolitik Washingtons wieder eingerenkt (ebd 1427). An dieser Stelle hakten die bürgerlichen Atlantiker ein, die die Spannungen im transatlantischen Verhältnis und damit einhergehende Schwächung der internationalen Institutionen wie auch der EU beklagten.<sup>65</sup> Gleichwohl – zentraler Baustein der interessenbasierten Argumentation bildete die Auffassung, dass Frankreich aufgrund seiner Geschichte und seiner Tradition geradezu zu einer aktiven, unabhängigen Außenpolitik – auf keinen Fall zu verwechseln mit einer pazifistischen – verpflichtet sei.

*„Notre indépendance de jugement, qui est dans notre histoire, est pleinement compatible avec le souci de rassembler la communauté internationale. La France s'y est constamment, inlassablement employée.”*<sup>66</sup>

Raffarin (AN 26.2.2003) 1418

Die Geschichte, so der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Parlaments, Guy Tessier (AN 26.2.2003, 1435), werde die Größe der französischen Positionierung schon zu würdigen wissen. Pierre Albertini (AN 26.2.2003, 1429), der Redner der bürgerlichen UDF in der *Assemblée nationale*, stellte Frankreichs Berufung gar in einen philosophischen Kontext, indem er Camus zitierte: *„Il n'y a de fatalité dans l'histoire que celle que nous y mettons.”*<sup>67</sup>

63 „Uns, den Völkern des alten Europa – ja, des alten Europa – uns haben das Unheil des Krieges und die Leiden, die er über unsere Länder mit so vielen unschuldigen Opfer gebracht hat, gelehrt, dass man nichts unversucht lassen sollte, um dem Frieden noch eine letzte Chance zu geben. » (eig. Übersetzung).

64 Hollande (AN 26.2.2003) 1428. Drastischere anti-amerikanische Einlassungen finden sich beim PCF-Franktionsvorsitzenden Alain Bocquet (AN 26.2.2003) 1421 und Noël Mamère (AN 26.2.2003) 1431.

65 Vgl. Le Monde (13.3.03) ; Frankfurter Rundschau (28.2.03); FAZ (1.3.03).

66 „Unsere historisch bedingte Unabhängigkeit des Urteils ist völlig kompatibel mit dem Bestreben, die internationale Gemeinschaft zu einen. Frankreich hat sich darum in dauerhafter und unermüdlicher Weise bemüht“; ähnlich: Chirac (10.3.2003) 11f.; Hollande (AN 26.2.2003) 1426.

67 Etwa: „Es gibt nur die Fatalität in der Geschichte, die wir in ihr sehen.“ (eig. Übersetzung)

Chiracs Positionsverschiebung im Januar 2003 fand in der politischen Elite Frankreichs fast ungeteilte Zustimmung:<sup>68</sup> Präsident Chirac erntete Lob von allen politischen Seiten, vom Vorsitzenden der Sozialisten Hollande, über den Rechtsextremen Le Pen bis hin zu Kommunistenchefin Buffet.<sup>69</sup> Wie aufgezeigt, kam in der Nationalversammlung (am 26.2.2003) gar keine wirkliche Diskussion auf, da sich doch die breite Mehrheit der Abgeordneten – gleich welcher Parteizugehörigkeit – hinter Chiracs Wende stellten. Doch nicht nur die Eliten, sondern auch die Bevölkerung stimmte Chiracs Argumentation zu: 70 Prozent befürworteten Frankreichs Veto-Drohung und Chiracs Popularität erreichte den besten Wert einer Regierung seit 1938(!).<sup>70</sup> Im Unterschied zur britischen Bevölkerung lehnten die Franzosen einen Krieg selbst dann ab, wenn er durch einen UN-Sicherheitsratsbeschluss gedeckt worden wäre (Stuchlik 2005: 23).

#### 4. Fazit: Der Gebrauch von Geschichte in außenpolitischen Diskursen

Die Ausgangsthese dieses Beitrags war, dass historische Argumentationen im Zentrum von Kriegslegitimationen stehen. Diese These muss im Lichte der empirischen Analyse relativiert werden. Nur in einem Fall – Deutschland im Kosovo-Krieg – haben sich historische Argumentationsmuster als beherrschend erwiesen. In den anderen Fällen war der Rekurs auf die Geschichte von mittlerer Bedeutung (F-Kosovo) oder gar marginal (D/F-Irak).

Insgesamt überwogen in den Diskursen interessenbasierte und realistische Argumentationsmuster, die sich durch einen eher statischen Charakter auszeichneten. Dabei wiesen die Argumentationen in den beiden Ländern signifikante Unterschiede auf: In Frankreich bilden Elemente eines „realistischen“ Verständnisses internationaler Politik (Großmachtrolle, multipolare Weltordnung, Gleichgewicht auf dem Kontinent) die primäre Ressource französischer Entscheidungsträger zur Begründung von Außenpolitik. Dabei dominiert eine vorwiegend statische Sicht der Entscheidungssituation, in der historische Zusammenhänge nur eine Nebenrolle spielen – in Form zweier Argumentationsmuster: Eines – vorwiegend von den Gaullisten im Kosovo-Diskurs gebraucht – verband die „Ehre der Nation“ mit den „Erfahrungen von München 1938“ und den Bosnienkriegen. Ein zweites – vor allem im Irak-Diskurs – betraf die historische Bedingtheit der französischen Großmachtrolle.

**Tabelle 1:** Geschichtsbezug in den Diskursen (eig. Darstellung)

Länder Fallstudie	Frankreich	Deutschland
Kosovo	mittel	stark
Irak	schwach	schwach

68 J. Hanimann: „Eid auf de Gaulle. Der Irak aus Pariser Sicht: Die Kulturelite stärkt Präsident Chirac“, FAZ (3.3.2003) 33.

69 Economist (15.3.2003).

70 Economist (22.2.2003); Guardian (29.3.2003).

In Deutschland ist das Bild weniger eindeutig. So wählten deutsche Politiker in der Kosovo-Krise eher idealistische und historisch aufgeladene Argumentationen, während sie im Fall Irak das Regierungsverhalten interessenbasiert „unhistorisch“ begründeten. Versprühte bspw. Außenminister Fischer 1998/99 noch ein Feuerwerk an Idealismus, gegründet auf den „Lehren der deutschen Geschichte“, erging er sich 2002/03 in realistischen Argumenten und warnte vorwiegend vor einer Destabilisierung des Nahen Ostens. Desgleichen Bundeskanzler Schröder: Hatte er noch den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg mit geschichtsgetränkten Argumenten unterlegt, verwies er in der Irak-Frage lakonisch auf ein Deutschland, das Nein sagen kann und an den Grenzen seiner Möglichkeiten angelangt sei. Dabei hätten die amerikanischen Begründungen für den Waffengang genug Möglichkeiten geboten, auch historische Argumente vorzubringen (Angriffskriege des Deutschen Reiches, Vietnam, Verschärfung des historisch bedingten ‚*clash*‘ zwischen Orient und Okzident, Erfahrung menschlichen Leids im 2. Weltkrieg etc.). Davon machte die deutsche politische Elite keinen Gebrauch - der Wechsel der Argumentationen von Kosovo zu Irak frappt.

Die Differenzhypothese wird im Ganzen bestätigt, stellt man die Unterschiedlichkeit der Argumentationsmuster in beiden Ländern insgesamt in Rechnung. Auffällig ist, dass die französischen Geschichtsbezüge bis zur Revolution zurückreichen, während die deutschen ganz überwiegend im Zweiten Weltkrieg ihren Ursprung haben. Das bestätigt eindrücklich die außerordentliche Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Nachkriegsidentität. Nur sehr vereinzelt – und eher verunglückt – wurden ältere Bezugspunkte gewählt. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass US-kritische Argumente in Frankreich omnipräsent waren, auf allen Seiten des politischen Spektrums. Demgegenüber blieben sie in Deutschland eine Randerscheinung im linken Lager.

Allerdings gibt es durchaus einen Fundus an Argumenten, die in den Debatten beider Länder gleichermaßen Verwendung finden – etwa „die Lehren aus den Jugoslawienkriegen“. Dieser gemeinsame Fundus verweist auf ein gewisses Potenzial zur Durchführung gemeinsamer Auslandseinsätze bzw. weiteres *capacity-building* im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Auch die Kriegshypothese konnte im Ganzen bestätigt werden: In den beiden Kosovo-Diskursen wurden historische Bezüge bei weitem öfter und ausgiebiger benutzt als im Irak-Diskurs. Im Kosovo-Fall wurden historische Argumente vor allem eingesetzt, um der Bevölkerung den drastischen Wandel der eigenen Außenpolitik zu erklären. Für

**Tabelle 2:** Historische Argumentationsmuster in frz. und dt. Diskursen (eig. Darstellung)

Französische Diskurse	Deutsche Diskurse
Tradition der Unabhängigkeit als Großmacht München 1938	der deutsche Sonderweg Appeasement
Werte der Nation, Idee der Menschenrechte 1789	Lehren aus der Geschichte, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz
Lektionen der Jugoslawienkriege	Lektionen der Jugoslawienkriege
Imperialismus, Wilsonismus der USA	marginal: Imperialismus, Motive der USA

Frankreich gilt dies innerhalb der Fallstudie – nach dem Scheitern der diplomatischen Bemühungen – für Deutschland von Anfang an, da der erste militärische Einsatz nach dem Zweiten Weltkrieg begründet werden sollte. Argumente mit Geschichtsbezug stachen im deutschen hegemonialen Kosovo-Diskurs heraus. Die Erinnerung an die faschistische Vergangenheit und die Nazi-Verbrechen wurden dabei in Beziehung gesetzt zu den Gräueln der Jugoslawienkriege und der aktuellen Situation im Kosovo. Auch in Frankreich spielten geschichtsbezogene Argumente in der Wandelargumentation Chiracs und Jospins eine gewichtige Rolle. Nachdem die realistische Rhetorik der Regierung in Paris massiv herausgefordert wurde, argumentierten Jospin und Chirac – unterstützt durch namhafte Intellektuelle – in idealistischer Manier mit ähnlichen Argumenten wie Schröder und Fischer: Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sowie der Jugoslawienkriege erforderten ein Eingreifen! Im Gegensatz dazu war der Geschichtsbezug in den Irak-Diskursen marginal und wurden eher zur Diskreditierung der Bush-Administration eingesetzt. Die Gegner der deutschen Irak-Politik versuchten vergeblich, das Argument des ‚deutschen Sonderwegs‘ in erfolgversprechender Weise gegen die Regierung in Stellung zu bringen.

Im Kosovo-Fall ist es in Deutschland unter Zuhilfenahme historischer Argumentationsketten gelungen, eine neue Diskurshegemonie zu etablieren. Doch es erwies sich als kurzsichtig, die argumentative Latte für Auslandseinsätze hoch zu hängen (‚humanitäre Katastrophe, Völkermord‘) und den Kosovo-Einsatz als einmaligen Präzedenzfall zu beschwören. Im Irak-Diskurs wurde diese Einmaligkeit im Prinzip bestätigt, diesmal jedoch primär mit einer interessenbasierten Argumentation begründet (‚ein Deutschland, das Nein sagen kann‘). Die Überhöhung des Auschwitz-Arguments im Verein mit einer nunmehr etablierten unilateralen Verweigerungsoption führt zu einer erschwerten Legitimierung von Auslandsengagements und einem Verlust an legitimatorischer Konsistenz. Denn einerseits kann gefragt werden, warum sich die deutsche Außenpolitik in kosovo-ähnlichen Fällen von Völkermord (Sudan, Kongo) so bedeckt hält. Andererseits sind die Argumentationsprobleme für solche Fälle gewachsen, in denen sich Deutschland militärisch engagiert hat, jedoch schwerlich mit „Genozid“ argumentiert werden kann (Mazedonien, Libanon, Afghanistan). Der rhetorische Eiertanz um die „Kriegseigenschaften“ von Tornado-Fotokameras in Afghanistan im Laufe des Jahres 2007 verdeutlicht die deutschen Begründungsprobleme jenseits von „Völkermord“ und „humanitärer Katastrophe“.

In Frankreich liegen die Risiken woanders. Die Verfassungspraxis der V. Republik begünstigt die Eigenart der französischen Entscheidungsträger, Kriegseinsätze ohne gesellschaftliche Rückbindung zu veranlassen. Die rhetorische Behübschung des eigenen Einflusses angesichts ständig wachsender wahrgenommener Bedrohungen leistet der Verbreitung diffuser Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung Vorschub, was die zivilisatorischen Aufladungen in der Regierungsrhetorik nur bedingt zu heilen vermögen. Die Persistenz solcher Ängste trägt nicht nur zur schleichenden Delegitimierung des politischen Systems der V. Republik bei, sondern kennzeichnet darüber hinaus das vielfach diagnostizierte „Anpassungsproblem“ Frankreichs nach dem Ende des Kalten Krieges.

## Primärliteratur

### Deutschland Kosovo

- Fischer, Joschka: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25.2.1999, BT-Plenarprotokoll 14/22.
- Fischer, Joschka: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26.3.1999, BT-Plenarprotokoll 14/31.
- Fischer, Joschka: Rede beim außerordentlichen Parteitag in Bielefeld am 13.5.1999, Quelle: <http://staff-www.uni-marburg.de/~näser/kos-fisc.htm> [13.11.2004].
- Gysi, Gregor: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Gysi, Gregor: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26.3.1999, BT-Plenarprotokoll 14/31.
- Hirsch, Burkhard: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Kinkel, Klaus: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Rühe, Volker: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Schäuble, Wolfgang: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Schäuble, Wolfgang: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26.3.1999, BT-Plenarprotokoll 14/31.
- Schröder, Gerhard: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.
- Schröder, Gerhard: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24.2.1999, BT-Plenarprotokoll 14/21.
- Schröder, Gerhard: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 26.3.1999, BT-Plenarprotokoll 14/31.
- Ströbele, Christian: Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 25.3.1999, Plenarprotokoll 14/30, S. 2423.
- Volmer, Ludger: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16.10.1998, BT-Plenarprotokoll 13/248.

### Deutschland Irak

- Fischer, Joschka: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22.02.2002, <http://www.europa-web.de/europa/03euinf/01GASP/firaira.htm> [20.5.2005]
- Fischer, Joschka: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.9.2002, BT-14/253.
- Fischer, Joschka: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20.3.2003, BT-Plenarprotokoll 15/35.
- Merkel, Angela: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.2.2003, BT-Plenarprotokoll 15/25.
- Nachtwei, Winni: *Gemeinsam für eine friedliche Lösung der Irak-Krise!* vom 10.2.2003, aktualisiert am 21.2.2003, [www.nachtwei.de](http://www.nachtwei.de) [20.5.2007].
- Pflüger, Friedbert: *Gegen Saddam – an der Seite der USA. Fragen und Antworten zum militärischen Vorgehen gegen den Irak.* Berlin 2003, <http://cducusu.de/upload/irak030320.pdf> [13.5.2007].
- Schäuble, Wolfgang: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20.3.2003, BT-Plenarprotokoll 15/35.
- Schröder, Gerhard: Rede zum Wahlkampfauftakt in Hannover am 5.8.2002, [http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1009330\\_psearchresults/result.html](http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1009330_psearchresults/result.html) [24.11.2007].
- Schröder, Gerhard: Interview im ARD-Bericht aus Berlin am 9.8.2002, [www.bundesregierung.de/interview-428321/Interview-mit-Bundeskanzler-Sc.htm](http://www.bundesregierung.de/interview-428321/Interview-mit-Bundeskanzler-Sc.htm) [16.4.2005].
- Schröder, Gerhard: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.9.2002, BT-14/253.

Schröder, Gerhard: Regierungserklärung zur aktuellen internationalen Lage vor dem Deutschen Bundestag am 13.2.2003, [http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1009330\\_psearchresults/result.html](http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1009330_psearchresults/result.html)  
 Westerwelle, Guido: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.9.2002, BT-Plenarprotokoll 14/253.

## Frankreich Kosovo

- Alliot-Marie, Michèle: Séance du 27 Avril 1999 : Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, Compte rendu intégral, <http://recherche.assemblee-nationale.fr> [20.02.02]
- de Charette, Hervé: Séance du 27 Avril 1999 : Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, Compte rendu intégral, <http://recherche.assemblee-nationale.fr> [20.02.02]
- Chirac, Jacques: Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa visite officielle en Bosnie-Hércegovine, Sarajevo (7.4.1998), <http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurw.../file=discours/1998/BOS9803.html> [20.02.2002]
- Chirac, Jacques: Réunion de Rambouillet. Discours du président de la République, M. Jacques Chirac, abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Février 1999), S.213.
- Chirac, Jacques: Déclaration du président de la République, M. Jacques Chirac (Berlin, 24.3.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mars 1999), S.195-196.
- Chirac, Jacques: Discours du président de la République, M. Jacques Chirac, lors de la réception en l'honneur du corps préfectoral – Extraits – (Paris, 26.3.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mars 1999), S.208.
- Chirac, Jacques: Allocution radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, (Paris, 29.3.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mars 1999), S.224.
- Chirac, Jacques: Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo (Paris, 6.4.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Avril 1999), S.276.
- Chirac, Jacques: Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo (Paris, 12.4.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Avril 1999), S.323-324.
- Chirac, Jacques: Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo (Paris, 3.5.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mai 1999), S.10-11.
- Hue, Robert: Séance du 26 Mars 1999: Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, Compte rendu intégral, <http://recherche.assemblee-nationale.fr/search97cgi/s97cgi.exe?action=View&VdkVgwK> [1.03.02]
- Jospin, Lionel: Intervention du Premier ministre, M. Lionel Jospin, à l'Assemblée nationale, séance du 26 Mars 1999: Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mars 1999), S.208-211.
- Jospin, Lionel: Intervention du Premier ministre, M. Lionel Jospin, à l'Assemblée nationale, lors des questions d'actualité à l'Assemblée nationale et Réponse du Premier ministre aux questions des parlementaires lors du débat (Paris, 27.4.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Avril 1999), S.448-457.



- Représent. bei der UNO: Intervention du représentant permanent de la France aux Nations unies (New York, 24.3.1999), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents, Paris (Mars 1999), S.197.
- Védrine, Hubert: Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine avec 'LCI' (3.3.1998), abgedr. in : «Politique Etrangère de la France», Textes et Documents (Mars 1998), S.19.

## Frankreich Irak

- Albertini, Pierre: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Balladur, Eduard: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Bocquet, Alain: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Chirac, Jacques: Interview Télévisée de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République par Patrick Poivre d'Arvor (TF1) et David Pujadas (France 2), 10.3.2003, <http://www.elysee.fr/root/bank/print/935.htm> [29.5.2007].
- Chirac, Jacques: Interview Accordée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République aux Télévisions Américaines CBS et CNN, Palais de Dimanche, 16.3.2003, <http://www.elysee.fr/root/bank/print/3564.htm> [29.5.2007].
- Hollande, François: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Juppé, Alain: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Mamère, Noël: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Raffarin, Jean-Pierre: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- Tessier, Guy: Compte rendu intégral des séances du mercredi 26.2.2003, Débats Parlementaires, Journal Officiel de la République Française, 1ère séance. <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- de Villepin, Dominique: Réaction de M. Dominique de Villepin devant le Conseil de Sécurité de l'ONU au discours prononcé par le secrétaire d'Etat américain Colin Powell, mercredi 5.2.2003 (extrait), *Le Monde* 7.2.2003.
- de Villepin, Dominique: Intervention de Dominique de Villepin devant le Conseil de Sécurité de l'ONU, mercredi 19.3.2003 (extrait), *Le Monde* 21.3.2003.

## Sekundärliteratur

- Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: Beck Verlag.

- Bach, Jonathan P. G. (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. New York: St. Martin's Press.
- Buffet, Cyrill und Beatrice Heuser (1998): Hysterical myths and the denial of change, in: Dies. (Hg.): *Haunted by history. Myths in International Relations*, Berghahn, S. 259-274.
- Charillon, Frédéric (2002): *Politique Etrangère*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Clewing, Konrad und Jens Reuter (Koordinatoren)(2000): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Collmer, Sabine (2004): "All politics is local": Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung, in: Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marko (Hrsg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*. Baden-Baden: Nomos, S. 201-226.
- Cornelissen, Christoph, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwentker (2004): Nationale Erinnerungskulturen seit 1945 im Vergleich, in: Dies. (Hrsg.): *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt/M: Fischer Taschenbuch Verlag, 2. Aufl., S. 9-26.
- Fairclough, Norman (2003): *Analysing Discourse. Textual analysis for social research*; London und New York: Routledge.
- Fortmann, Michel und Hélène Viau (2000): A Model Ally? France and the US during the Kosovo Crisis of 1998-99, in: Dave Haglund (Hrsg.): *The France-US Leadership Race: Closely Watched Allies*. Kingston, Ontario, S.87-109.
- Fröhlich, Claudia und Horst-Alfred Heinrich (Hrsg.)(2004): *Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Giersch, Carsten (2000): NATO und militärische Diplomatie im Kosovo-Konflikt; in: Clewing, Konrad und Jens Reuter (Koordinatoren): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*; Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München, S.443-465.
- Gordon, Philipp H. und Benedicte Suzan (2001): *France, the United States and the 'War on Terrorism'*, U.S.-France Analysis, Brookings Institute, <http://www.brookings.edu/fp/cusf/analysis/terrorism.htm> [5.8.2008].
- Gordon, Philipp H. und Jeremy Shapiro (2004): *Allies at War. America, Europe, and the Crisis over Iraq*, Brookings Institution, McGraw-Hill: New York et al.
- Halbwachs, Maurice (1985, i.O. 1925): *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Hansen, Lene und Ole Wæver (2002): *European integration and national identities. The challenge of the Nordic states*, London/New York: Routledge.
- Hansen, Lene (2007): *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London/ New York: Routledge.
- Harnisch, Sebastian (2003): Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Gunther Hellmann, Klaus-Dieter Wolf und Micael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S.313-359.
- Hellmann, Gunther (2006): *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung*; Wiesbaden: VS.
- Hielscher, Gebhard (2001): Wie Deutschland und Japan mit dem Zweiten Weltkrieg umgehen, in: Pohl, Manfred und Iris Wieczorek (Hrsg.): *Japan 2000/2001. Politik und Wirtschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.327-344.
- Howarth, David, A.J. Norval und Y. Stavrakakis (Hg)(2000): *Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change*; Manchester und New York: Manchester University Press.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse*; 2. Aufl., Duisburg.
- Jahn, Egbert (1999): „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ – *Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem*. Studie des Forschungsschwerpunkts Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim.

- Jötze, Günter (2001): *Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik*, Stuttgart/München: DVA.
- Keller, Rainer (2004): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, Wiesbaden: VS.
- Kriesi, Hanspeter (2007): *Vergleichende Politikwissenschaften. Teil I. Grundlagen. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.
- Larsen, Henrik (1997): *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*. London, New York: Routledge.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1995): *Democratic Governance*. New York: Free Press.
- Marcussen, Markus, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans Jürgen Knopf und Klaus Roscher (1999): *Constructing Europe. The evolution of French, British and German Nation-State Identities*, in: *Journal of European Public Policy* 6 (4), S.614-633.
- Meier-Walser, Raimund C. (1999): *Der Kosovo-Krieg im Spiegel der Feuilletons. Streiflichter der deutschen Intellektuellen-Diskussion*, in: *Politische Studien, Sonderheft 4/1999*.
- Milliken, Jennifer (1999): *The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods*, in: *European Journal of International Relations* 5, Nr. 2, S. 225-54.
- Nadoll, Jörg (2003): Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse, in: B. Joerßen und B. Stahl (Hrsg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster et al.: LIT, S.167-189.
- Philippi, Nina (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Prizel, Ilya (1998): *National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Ramet, Sabrina und Phil Lyon (2001): Germany: The Federal Republic, Loyal to NATO, in: Weymouth, Anthony und Stanley Henig (Hrsg.): *The Kosovo Crisis – The last American war in Europe?*, London et al: Pearson Education, S. 83-105.
- Risse, Thomas (2001): A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in: Maria Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse (Hrsg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca, London: Cornell University Press, S.198-216.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S.99-132.
- Schivelbusch, Wolfgang (2003): *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865. Frankreich 1871. Deutschland 1918*, Alexander Fest Verlag, Berlin.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse, in: Keller, Reiner, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden*, Opladen, S. 261-283.
- Schwelling, Birgit (2007): Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Raimund (Hrsg.): *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: Verlag f. Sozialwissenschaften, S. 101-111.
- Stahl, Bernhard (2006a): Französische Identität und außenpolitische Krisen – Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und in der Uruguay-Runde des GATT, Nomos: Baden-Baden.
- Stahl, Bernhard (2006b): Vergleichende Außenpolitikanalyse – die Außenpolitik ausgewählter EU-Staaten in der Irak-Krise, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): *Methoden sicherheitspolitischer Analyse. Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag f. Sozialwissenschaften, S. 135-168.

- Stahl, Bernhard (2008): Incoherent securitisation. The European Union in the Iraq crisis, in: Hamburg Review of Social Sciences, Special issue on ‚Revisiting coherence in EU Foreign Policy‘ (hrsgg. Von Clara Portela und Kolja Raube), vol. 3, issue 1, (June 2008), S.70-106; <http://www.hamburg-review.com/Current-Issue.72.0.html>. [10.7.2008].
- Stahl, Bernhard und Sebastian Harnisch (Hrsg.)(2009 i.E.): *Kriegslegitimationen im Vergleich. Deutschland, Frankreich, Griechenland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich im Kosovo-Krieg*. Baden-Baden: Nomos.
- Stuchlik, Jan (2005): *Public Opinion and Foreign Policy Discourse in the United Kingdom and France during the Iraq Crisis*, in: Perspectives, 23/2005 (winter), S. 5-35.
- Swoboda, Veit (2005): *Deutsche Sicherheits- und Interventionspolitik. Nationale Identität und die sicherheitspolitischen Diskurse zu den militärischen Interventionen im Kosovo (1999) und Irak (2003)*, Magisterarbeit im Fachbereich III (Politikwissenschaft), Fachteil Internationale Beziehungen/Außenpolitik an der Universität Trier, Trier (unveröff.).
- Szabo, Stephen F. (2004): *Parting Ways: The Crisis in German-American Relations*, Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Torfinn, Jacob (2005): Discourse Theory: Achievements, Arguments, and Challenges, in: David Howarth und Jacob Torfinn (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S.1-32.
- Wæver, Ole (2002): Identity, communities and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory, in: Lene Hansen und Ole Wæver (Hrsg.): *European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States*. London, New York: Routledge, S.20-49.
- Wæver, Ole (2005): European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: David Howarth und Jacob Torfinn (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S.33-67.
- Westlind, Denis (1996): *The Politics of Popular Identity*. Lund: Lund University Press.
- Wette, Wolfram (1996): *Sonderweg oder Normalität. Zur Diskussion um die internationale Position der Bundesrepublik*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Januar), S. 61-70.
- White, Barry (2001): *Understanding European Foreign Policy*; Houndmills/New York: Palgrave.
- Winkler, Heinrich A. (Hrsg.)(2004): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Göttingen: Wallstein-Verlag.
- Wodak, Ruth und Michael J. Meyer (Hrsg.)(2002): *Methods of Critical Discourse Analysis*; London: Sage.
- Wolfrum, Edgar (1999): *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt.